
**Stellungnahme der CDU-Ratsfraktion
im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg
zum Haushaltsentwurf 2024**

Stadtratssitzung 11. Dezember 2023

Fraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte
verehrte Medienvertreter,

dies ist die letzte und entscheidendste Stadtratssitzung im Jahr. Heute geht es darum für das Jahr 2024 einen Haushalt zu verabschieden, der unsere schöne Landeshauptstadt nicht finanziell weiter in Schieflage geraten lässt und somit die drohende Fremdverwaltung während einer Haushaltskonsolidierung abzuwenden. Auch dieses Jahr liegt uns ein umfangreiches Zahlenwerk vor. Hierfür erst einmal vielen Dank an die Verwaltung. Es wird wieder aufgelistet, was wir für Magdeburg tun wollen und können. Allerdings müssen wir uns diesmal eigentlich weniger mit der Frage beschäftigen, was wir tun wollen und können als vielmehr mit der Frage, was können wir uns leisten zu tun. Leisten können und leisten wollen gehen leider nicht Hand in Hand, wenn man sparen muss. Und genau das, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, müssen wir.

Ein bekanntes Zitat von Eberhard Sinner erklärt was Sparen im Privatleben und in einem Staatshaushalt heißt. „Sparen heißt normalerweise, dass Sie Geld, das Sie haben, nicht ausgeben. Wenn wir im Staatshaushalt über Sparen reden, heißt das, wir geben Geld, das wir nicht haben, nicht aus.“ Diese Aussage sollte für niemanden von uns wirklich überraschende Erkenntnisse bringen. Aber sie ist für die finanzielle Situation Magdeburgs aktueller denn je.

Bevölkerung, Wirtschaft und die kommunalpolitisch Verantwortlichen haben in den letzten Jahren mit großen Anstrengungen nahezu ausgeglichene Haushalte zustande gebracht. Dies hat allerdings zu der falschen Annahme geführt, dass die kommunale Finanzlage stabil, ja geradezu krisenresistent ist. Dem ist so aber nicht. Inflation, steigende Personalkosten und andere

Belastungen, wie die steigenden Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen werden die finanzielle Lage verschlechtern. Hier müssen die finanziellen Unterstützungen durch Bund und Land steigen.

Auch die hohen Energiepreise treffen nun zeitverzögert ein. Dies manifestiert sich durch Nachzahlungen im Bereich der Kosten der Unterkunft und im Rahmen der Nebenkostenabrechnungen für kommunale Gebäude. Hinzu kommen all die Preissteigerungen für die Leistungen, die die Kommune einkauft oder die Zahlungen, mit denen sie Vereine oder Kulturinstitutionen unterstützen.

Das Fazit ist: Wir haben ein Problem, das wir im Wesentlichen nicht selbstverschuldet haben. Frau Oberbürgermeisterin hat dieses Jahr mehrfach darauf hingewiesen, dass wir ein finanzielles Problem haben. Spätestens aber mit der Haushaltssperre ab November 2023 sollte uns allen klargeworden sein, dass die Lage ernst ist. Eine Haushaltssperre kommt einem Weckruf gleich. Leider wurde dieser aber nicht von allen Fraktionen verstanden.

So werden wir uns auch heute mit 74 Änderungsanträge beschäftigen, von denen eine Vielzahl nicht mit den Grundgedanken des Sparens vereinbar sind. Es werden Aufwüchse im sozialen und kulturellen Bereichen gewünscht, diese sollen dann durch Steuererhöhungen finanziert werden.

Meine Damen und Herren,

wir haben kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabeproblem. Als Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg sollten wir endlich anfangen Prioritäten zu setzen und einzuordnen, was mit den vorhandenen Einnahmen umgesetzt werden kann. Ziel darf es nicht sein ein Wunschkonzert zu veranstalten und dann die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu bitten. Das werte Damen und Herren, trifft die Falschen. Nicht die Bürgerinnen und Bürger sind an unserer Haushaltsmisere Schuld, sondern überzogene Forderungen nach Förderungen und Finanzierungen in bestimmten Bereichen. Wann und das frage ich mit aller Ernsthaftigkeit beginnen wir zu sparen? Wann sorgen wir für einen generationsgerechten und ausgeglichenen Haushalt? Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, werte Kolleginnen und Kollegen. Es geht hierbei keineswegs um ein Sparen um jeden Preis.

Die Standortqualität für die Wirtschaft und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger muss erhalten bleiben. Denn nur so kann sich unsere Stadt weiterentwickeln. Wir sollten es uns auch unbedingt leisten können, Zuwendungen an Vereine und freie Träger beizubehalten.

Denn mit ihren vielfältigen Angeboten für Freizeit, Sport und Kultur und ihrem großen ehrenamtlichen Engagement tragen sie entscheidend dazu bei, dass sich die Menschen in unserer Stadt wohlfühlen und der gerade heute so wichtige Zusammenhalt gewahrt bleibt. Aber beibehalten heißt nicht erhöhen. Niemandem ist geholfen, wenn die Stadt „zahlungsunfähig wird“ und wir erneut in die Haushaltskonsolidierung müssen. Dann setzen nämlich ganz andere Leute als wir den Rotstift an. Es geht hier heute um mehr als nur ums Geld, es geht hier um die Handlungsfreiheit und die Selbstverwaltung als Kommune.

Nun zum vorliegenden Entwurf des Haushalts für die Landeshauptstadt für 2024. Gleich zu Anfang sei mir die kritische Bemerkung gestattet, dass die politische Steuerung eines solchen Haushalts vor allem auf der Basis von Kennzahlen erfolgt. Diese fehlen diesmal größtenteils in den uns ausgereichten Unterlagen. Wir gehen aber als Fraktion davon aus, dass dieser Mangel im Rahmen der Erarbeitung des Haushalts für das Jahr 2025 abgestellt wird.

Wenn man sich die vorliegenden Zahlen anschaut muss man feststellen, dass es bei den Finanzen der Landeshauptstadt vor allem zwei große Problemkreise gibt.

Da sind zum einen die Ausgaben im Sozialbereich und zum anderen steigen die Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Das heißt, immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in Verhältnissen auf, die das Eingreifen staatlicher Stellen erforderlich macht. Es ist erforderlich, dass es sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene bei allen Initiativen eine Kostenfolgeabschätzung erfolgt, die die tatsächlichen Aufwendungen der ausführenden Behörde, also meist der Kommunen, in realistischer Höhe errechnet mit der Folge eines angemessenen Ausgleichs. Getreu des Mottos „Wer bestellt, der bezahlt auch“.

Ich könnte jetzt noch auf Baumaßnahmen und Investitionen der Landeshauptstadt eingehen, aber erstens wurde dies bereits gemacht und zweitens zeigt die Erfahrung, dass wir regelmäßig Erhöhungen der Kosten beschließen müssen. Also lasse ich das.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Aber ich möchte kurz auf die Änderungsanträge unserer Fraktion zum Haushalt eingehen. Wir haben uns intensiv mit den vorliegenden Unterlagen auseinandergesetzt. Dabei haben wir uns bei der Beantragung von Mehraufwendungen gänzlich zurückgehalten, anders als andere Fraktionen, und anstelle dessen auch konkrete Vorschläge für mögliche Mehrerlöse oder Kostenreduzierungen unterbreitet. Ja, es sind Vorschläge, die nicht auf Anhieb die fehlenden Millionen in die Stadtkasse spülen, aber es ist ein Anfang. Wäre jede Fraktion bereit gewesen Opfer zu bringen, so hätten sich die Summen addiert und eine möglicherweise ansehnliche Summe ergeben. Beispielhaft genannt seien die Forderung nach einer Überprüfung der Sti-

pendien und Preise oder das Betreibung des städtischen Wohnheims für Schüler und Auszubildende in Zusammenarbeit mit Dritten. Vielleicht finden sich ja in der heutigen Sitzung entsprechende politische Mehrheiten für unsere Anliegen, die im Interesse aller sein sollten.

Ich möchte aber auch nicht verschweigen, dass wir wenig amüsiert über den Änderungsantrag zur Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B waren. Der Stadtrat hat ab 2012 den Hebesatz auf 495 v.H. festgelegt. Hintergrund war das damalige Haushaltsdefizit. Dieser Hebesatz sollte nur drei Jahre gelten. Sollte, denn er ist danach nicht wieder auf 450 v.H. gesenkt worden. Nein, stattdessen sollen wir den Hebesatz in der heutigen Sitzung noch einmal im 95 Punkte, wenn es nach der Verwaltung geht bzw. um 55 Punkte, wenn es nach der FDP geht, erhöhen. Das, liebe Mitglieder des Stadtrates, findet nicht die Zustimmung meiner Fraktion. Der Stadtrat sollte sich an seine eigenen Beschlüsse halten, daher fordern wir die Senkung des Hebesatzes.

Ob die Fraktion letztendlich wirklich einstimmig dagegen votiert oder in Verantwortung für den Haushalt teilweise zustimmt bzw. sich enthält, hängt von der Diskussion zum Haushalt heute ab.

Dem Haushalt in Gänze wird unsere Fraktion auf jeden Fall mit Mehrheit im Interesse der Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt zustimmen.

Zum Abschluss möchte ich mich nochmal ausdrücklich bei Frau Behrendt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzdezernat und den Haushaltsverantwortlichen in den einzelnen Dezernaten und Fachbereichen für ihr verantwortungsbewusstes Handeln in dieser schwierigen Haushaltssituation bedanken. Außerdem gilt mein Dank auch den Mitgliedern des Finanzausschusses für die Vorbereitung dieser Haushaltsdebatte, insbesondere dem Finanzausschussvorsitzenden Reinhard Stern, der ja heute seine wohl letzte Haushaltsrede als Vorsitzender gehalten hat. Reinhard, Du hast in den letzten Jahren den Finanzausschuss mit Einsatz und hoher Sachkunde geführt und wenn nötig den Finger in die Wunde gelegt. Dafür herzlichen Dank.

Und nun danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine sachliche Debatte mit positiven Ausgang.